

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Rheder Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Koblitzstr. 4. Fernsprecher 22 und 27. Verlagsort: Bocholt (Westf.) 2. Anhalt-Magdeburger Zeitung.

Nr. 180

Samstag, den 4. Juli

1925

Dreifaches Todesurteil in Moskau.

Der Kampf um Stresemann.

Berlin, 3. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Die innerpolitischen Vorgänge der letzten Zeit sind wieder einmal ein recht deutlicher Beweis dafür, wie heterogen die Elemente sind, die sich in der gegenwärtigen Regierungskoalition zusammengefunden haben und deren gegenseitige Meinung sich naturgemäß auch im Kabinett Luther auswirken. Wir kennen zur Genüge den Kampf zwischen den Deutschnationalen und dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Innerhalb der Deutschnationalen Partei begann es ja in den letzten Wochen heftig zu brodeln. Der radikale Flügel führte eine Offensive nach der anderen gegen die Außenpolitik der Reichsregierung, insbesondere gegen ihren verantwortlichen Leiter. Die Gesamtheit der Deutschnationalen sah diesem Spiel schmerzhaft zu, denn wir haben erkennen können, daß auch sie nur mit halbem Herzen bei der Sache sind. So sprach man in den letzten Tagen sehr viel von einer bevorstehenden Krise. Ein Schein dafür war auch schließlich da. Aber wie so oft der Schein trügt, so auch diesmal hier. Allerdings muß man einschränken — vorläufig. Herr Dr. Stresemann und seine Partei wehrten zunächst die deutschnationalen Vorstöße heftig ab. Stresemann schickte sich an, sogar selbst vorzugehen. Als die Dinge schon auf des Meisters Schiene standen, als Stresemann sich schon als Sieger über die Deutschnationalen wähnte, da fuhr Herr Luther dazwischen, und die streitenden Brüder, die es vorher noch zu offener Feindschaft kommen lassen wollten, schlugen, und das war die „Einmütigkeit“ wieder da. Man ist im Reichstag gekommen, das eine Regierungspartei eine Interpellation über die Regierungspolitik im Reichstag einbrachte, um die innerpolitische Klärung innerhalb einer bestimmten Regierungspartei, nämlich der Deutschnationalen, herbeizuführen. Man hört nichts mehr von einem Vertrauensvotum für Herrn Dr. Stresemann. Die Deutsche Volkspartei ist still geworden, wie zuvor, und Stresemann steht weiter groß und abseits. Man wartet ab, so erklärt man. In Wirklichkeit hat Dr. Luther die Schlacht gewonnen. Zweifelloser hat Dr. Luther, der sein Kabinett bedroht sah, die Entscheidung, wie er sie sich dachte, nur deshalb herbeigeführt, um die wirtschaftliche Sanierung des Reiches, die sich das gegenwärtige Kabinett zum Ziele gesetzt hat, durchzuführen, d. h. die Zölle und Steuern, sowie die Aufwertung zur Erledigung zu bringen. Aber schließlich gibt es doch noch einen Primat der Außenpolitik, den auch Herr Dr. Luther anerkennt. Wir fürchten, daß bei der Verkleinerung der Gegensätze zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, das eine oder das andere, entweder die Innen- oder die Außenpolitik, Schaden erleiden wird. Die Richtlinien, die die Deutsche Volkspartei am Donnerstag in später Nachtstunde veröffentlicht hat (und die wir im Beifolg veröffentlichten. Die Red.), lassen jedenfalls die Frage gerechtfertigt erscheinen, auf welcher Grundlage das Kompromiß der „Einmütigkeit“ zustande gekommen ist, d. h. welcher Teil gegeben und welcher Teil genommen hat. Es wird sich schließlich zeigen, ob der Reichstagsantrag mit seinem Zugeständnisse einer außenpolitischen Aussprache Ernst machen wird. Angesichts der Ueberhäufung des Reichstages mit Arbeiten möchten wir an dieser Möglichkeit zweifeln. Im Auslande scheint die außenpolitische Autorität des Kabinetts Luther durch diese Erfahrungen schon in bedenklichem Maße erschüttert worden zu sein. Die Krise ist latent geblieben. Die Deutschnationalen sind wieder einmal parteipolitisch über dem Berg, die Deutsche Volkspartei hat die Reife ihrer üblichen Umfälle um einen weiteren vermehrt, und letzten Endes hat die deutsche Reichspolitik großen Schaden erlitten.

Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 3. Juli. (Drahtb.) Savas verbreitet über die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen die Nachricht, daß morgen nachmittag die beiden Delegationen in einer Vollversammlung die endgültige Aufstellung der Listen vornehmen werden, damit die Stellungnahme der beiden Parteien klar zum Ausdruck komme. Nach der gleichen Agentur soll französischerseits über den weiteren Verlauf der Verhandlungen eine optimistische Auffassung vorherrschen, da nur noch in vier Punkten Meinungsverschiedenheiten beständen, namentlich was Zölle und Wein anbetreffe.

Hierzu erzählt der Pariser Vertreter des W.B., daß im Laufe der gestern abend zwischen Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Handelsminister Chaumet geführten Verhandlungen es sich gezeigt hat, daß noch ein großer Abstand zwischen den beiden Auffassungen besteht. Man habe sich besonders in den für den deutschen Export wichtigen Fragen noch nicht einigen können. Die französische Delegation hat heute der deutschen Übermittel, zum großen Teile allerdings erst am späten Nachmittag. Dr. Trendelenburg wird morgen nachmittag eine Besprechung mit dem Handelsminister Chaumet haben, bei der sich ergeben wird, ob überhaupt noch die Möglichkeit besteht, die Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg fortzusetzen und sie so rechtzeitig zum Abschluß zu bringen, daß das beiderseitige Abkommen noch vor den beiderseitigen Parlamentsferien ratifiziert werden kann.

tu. Berlin, 1. Juli. (Tel.) Wie die Morgenblätter aus Moskau melden, haben unter dem Vorsitz des Handelsministers Ali Djanani Bey und des deutschen Botschafters Adolphe die türkischen und deutschen Abgesandten die Handelsvertragsverhandlungen begonnen.

Aussicht auf Einigung in der Zollfrage?

Berlin, 3. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, kann keine Rede mehr davon sein, daß die Sommerferien des Reichstages am 18. Juli beginnen, vielmehr wird schon jetzt damit gerechnet, daß die

Keine Berufung möglich, nur Gnadengesuch.

Moskau, 3. Juli. (Tel.) Der Oberste Gerichtshof hat nach 5½tägiger Beratung gegen alle drei angeklagten deutschen Studenten das Todesurteil verkündet. An amtlicher Berliner Stelle wird diese Nachricht bestätigt. Da es ein Urteil des Obersten Gerichtshofes ist, kann Berufung nicht eingelegt werden. Das Urteil ist endgültig. Den Verurteilten steht jedoch das Recht zu, innerhalb einer Frist von 72 Stunden ein Gnadengesuch beim Zaren zu stellen.

Moskau, 3. Juli. (Tel.) Der Schlusstag im Prozeß gegen die deutschen Studenten begann mit der Verteidigungsrede Rindermanns. Rindermann schilderte ausführlich seinen depressivierten Zustand im Gefängnis. Er habe ganz unter dem Einfluß des in seiner Zelle befindlichen Laskibels Baumann gestanden, unter dessen Druck er seine ihm belastende Aussage gemacht habe. Wollte verzichtete darauf, eine Verteidigungsrede zu halten und erklärte, die Antwort auf die Anklage würden andere Leute an anderer Stelle geben. Staatsanwalt Krylenko rügte die Erklärung Wollts als Drohung und betonte, daß in diesem Falle scharf verfahren werden müsse, damit die Nachfolger ihr Schicksal kennen.

Berlin, 3. Juli. (Tel.) Zu den Moskauer Todesurteilen gegen die drei deutschen Studenten nehmen die Berliner Abendblätter eingehend Stellung. „Was das Oberste Gericht in Moskau, so schreibt der „Berliner Lokalanzeiger“, vollzogen hat, ist nichts anderes, als ein skrupelloser Justizmord. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie alles tut, um das beabsichtigte Verbrechen nicht Wirklichkeit werden zu lassen.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß unter Führung Englands eine große Bewegung im Gange ist, die möglicherweise auf der Grundlage des Völkerbundes Sowjetrußland angreifen und vielleicht sogar zum Kreuzzuge gegen dieses Land sammeln will. Deutschlands Haltung werde hierbei von entscheidender Bedeutung sein. Das Blatt fragt, ob man in Moskau die Wünsche für eine Otorientierung oder auch nur für eine unbedingte Unparteilichkeit Deutschlands durch derartige Methoden zu stärken glaubt. Die „Kreuzzeitung“ stellt fest, daß es sich nicht nur um die Abwehr eines Angriffes auf die Sicherheit der russischen Sowjetrepublik handele, sondern um einen großangelegten Vorstoß gegen die kapitalistische Bourgeoisie. Das „Berliner Tageblatt“ erklärt, daß es mit Protesten nicht getan sei. Es bestehe wohl Einigkeit darüber, daß Deutschland unmöglich mit einem Staate in diplomatischen Beziehungen bleiben könne, der sich durch ein Verbrechen außerhalb des Kreises der vertragsfähigen Staaten gestellt habe. Der „Vorwärts“ endlich polemisiert scharf gegen die kommunistischen Methoden.

Sommerpause nicht vor dem 25. Juli eintreten wird. Es verlautet ferner, daß allein schon die Verabschiedung der Steuergeetze bis zum 18. Juli kaum möglich sein wird. In der Zwischenzeit sind auch die Verhandlungen zwischen den Parteien und zwischen diesen und der Reichsregierung über die Erledigung der Zollvorlage weitergegangen, haben jedoch noch nicht zu einem Abschluß gebracht werden können. Man beurteilt aber in parlamentarischen Kreisen die Lage jetzt etwas günstiger. Es scheint Aussicht zu bestehen, daß die Parteien sich darauf einigen, daß die Mindestzölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse fallen und durch autonome Zolltarife ersetzt werden. Es heißt ferner, daß auch die Reichsregierung jetzt dazu bereit ist, daß für die Mindestzölle eine Mehrheit im Reichstage nicht zu haben ist.

Das französische Bevölkerungsproblem.

Von
Josef Brech.

Im Rahmen der großen Politik spielt in Frankreich das Bevölkerungsproblem, wenn auch nicht immer bewußt von den Staatsmännern in seinen letzten Auswirkungen erkannt, eine große Rolle. Schon vor dem Kriege war das Wort von dem „Ein- oder Zweikinderkriege“ alltäglich zu hören, das Frankreich über kurz oder lang an den Rand des Abgrundes bringen mußte. In der Nachkriegszeit sind die Mahnrufe und die Mahnungen des französischen Episkopats nicht immer gehört worden, sie sind untergegangen in dem Lärm des chauvinistischen Treibens. Wir Deutschen, die wir allen Anlaß hätten, uns auch im eigenen Lande mit dem Geburtenrückgang nicht nur aus politischen, sondern auch aus moralischen Erwägungen heraus zu beschäftigen, haben auch jetzt noch allen Anlaß, das französische Beispiel uns zur Mahnung und Warnung werden zu lassen. Durch die entvölkerten Gauen der französischen Republik, insbesondere der südfranzösischen Departements, geht heute mit unverminderter, ja ständig sich vermehrender Kraft der Ruf: „La France se meurt“, „La France se suicide“, Frankreich begibt Selbstmord, Frankreich stirbt aus. In der Tat ist das französische Volkswachstum auch seit dem Kriege mit einer einzigen Ausnahme im Jahre 1920 ständig zurückgegangen. Das Jahr 1920 ist aber in dieser Beziehung als anomie anzusehen, weil zum ersten Male nach dem Kriege eingetreten war. Im Jahre 1925 sind in 88 von 90 Departements mehr Geburten als im Jahre 1924 zu verzeichnen. Es sind immer wieder dieselben Departements, in denen sich der Rückgang der Geburten und gleichzeitiges Ansteigen der Fissern der Sterbefälle bemerkbar macht. Die restlichen 52 Departements hatten inzwischen noch das Gleichgewicht, aber auch hier bröckelt die Geburtenziffer zusehends nach und nach ab, so daß bald der Stand der Vorkriegszeit erreicht sein wird, wo die französische Bevölkerung sich ständig im Rückgang befand. Nach den vorläufigen Schätzungen wird bereits im laufenden Jahre der Geburtenüberschuß demjenigen des Jahres 1913 gleichkommen, d. h. man hätte den damaligen Tiefstand erreicht. In gewissen Kreisen sieht man das Ergebnis des Jahres 1925 noch viel pessimistischer an. Man glaubt, daß die Zahl der Geburten sogar noch geringer sein wird, als im Jahre 1913. Diese Annahme scheint nicht ganz ungerechtfertigt, wenn man die nachstehende Tabelle zur Argumentation heranzieht, aus der klar hervorgeht, auf welcher abschüssigen Bahn sich das französische Volk befindet. Für die 90 französischen Departements sind folgende Zahlen ermittelt worden:

	Heiraten:	Lebendgeburten:	Sterbefälle:	Geburtenüberschuß:
1924	355 923	752 101	679 885	72 216
1923	356 501	761 861	666 990	94 871
1920	623 869	834 411	674 621	159 790
1913	312 036	790 385	731 441	58 914
d. h. auf 10 000 Einwohner:				
1924	182	192	173	19
1923	182	194	170	24
1920	195	213	172	41
1913	151	191	176	15

Aus den angegebenen Ziffern ersieht man deutlich die besondere Stellung des Jahres 1920. Das Maximum dieses Jahres an Geburtenüberschuß dürfte tatsächlich nicht mehr erreicht werden. Von 1923 auf 1924 ist eine Senkung der Geburtenziffer um ¼ zu konstatieren, während die Zahl der Heiraten ungefähr die gleiche geblieben ist. Im Vergleich zu 1913 beträgt das Mehr an Geburten im Jahre 1924 nur 13 000 Köpfe. Auf 10 000 Einwohner wurden 1924 192 Geburten gezählt gegenüber 191 im Jahre 1913. Damit steht Frankreich wieder auf derselben Höhe wie im letzten Vorkriegsjahr. Bei der Sterblichkeit ist allerdings eine geringe prozentuale Besserung zu verzeichnen, jedoch wird der ungewöhnlich starke Rückgang der Geburten niemals durch die leicht verbesserte Sterblichkeitsziffer ausgeglichen werden können. In 64 Departements wurden 1924 mehr Sterbefälle gezählt als 1923. Der Geburtenüberschuß über die Sterbefälle ist für ganz Frankreich von 24 auf 10 000 Einwohner im Jahre 1923 auf 19 im Jahre 1924 gesunken. Den größten Bevölkerungsüberschuß weisen die deutsch-käsmigen Departements Mosel, Niederrhein und Oberrhein auf und einige andere, wie Pas-de-Calais, Aisne, Nord, Morbihan, Finistère usw.

Demographische Vergleiche mit anderen europäischen Ländern beweisen am deutlichsten die Tragweite des französischen Bevölkerungsproblems. Im Jahre 1923, das bekanntlich durch politischen und wirtschaftlichen Niedergang nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten eine besondere Note erhalten hat, betrug der Geburtenüberschuß auf 10 000 Einwohner in Holland 161, in Italien 126, in Norwegen 115, in Spanien

und Ungarn 82, in Großbritannien 81, in Belgien und Schweden 74, in Deutschland und Österreich 70, in Frankreich dagegen nur 24. Man ist in Frankreich besonders darüber in Sorge, daß der politische Gegner Deutschland in dem Jahre der größten wirtschaftlichen Katastrophen sich noch dreimal stärker vermehrt hat, als Frankreich selbst. Die Hauptschuld an dem Rückgang der französischen Bevölkerungsziffer ist der systematische Geburtenrückgang zuzuschreiben.

Man kann die Besorgnis der Franzosen verstehen, denn die überragende politische Stellung Frankreichs als europäische Großmacht hängt mit in erster Linie von der Lösung des französischen Bevölkerungsproblems ab. Erschwerend fällt noch ins Gewicht, daß in Verbindung mit dem ständigen Sinken der Bevölkerungsziffer eine Reihe anderer innenpolitischer Probleme die außenpolitische Stellung der französischen Republik belasten. Es ist in erster Linie die Rückwirkung auf die französische Industrie und die Entblößung der französischen Landwirtschaft von Arbeitskräften. Der Bevölkerungsrückgang macht sich besonders am deutlichsten in den agrarischen Bezirken bemerkbar. Vor einiger Zeit brachte das „Echo de Paris“ einen Artikel, der die Landflucht in Frankreich nicht nur zahlenmäßig, sondern auch durch Illustrationen feststellte. Bilder von zerfallenen Dörfern, Gehöften und Häusern sollten deutlich den Zusammenbruch demonstrieren. In gewissem Sinne besteht ein Wettkampf zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Landarbeiter wandern in die Städte, weil sie dort bequemer leben können. Man hofft durch Innenkolonisation der Arbeiternot zu steuern, was aber nur zu einem ganz geringen Teil gelingt, weil das Gros der fremden Arbeiter lieber in die Industrie als in landwirtschaftliche Betriebe geht. Frankreich ist deshalb nicht nur in der Industrie, sondern auch gerade in der Landwirtschaft auf fremde Arbeitskräfte angewiesen, d. h. mit dem Zug auswärts arbeitender Arbeiter tauchen wieder neue innenpolitische Probleme auf, die nur schwer gelöst werden können. Man betrachtet auch heute noch in Frankreich alles unter dem Gesichtswinkel eines kommenden Krieges und gerade deshalb fürchtet man aus dem ständigen Sinken der Geburtenziffer, aus der Entblößung des Landes von Arbeitskräften und aus der ständigen sich mehrenden Einwanderung von Ausländern eine nationale Katastrophe. Die Lösung des Bevölkerungsproblems ist für Frankreich in der Tat eine Frage des Seins oder Nichtseins.

Die deutschen Kampfschiffe gegen Polen.

Am 20. Juni 1925 hat die polnische Regierung die bereits angekündigte Verordnung über Einfuhrverbote veröffentlicht, die die meisten wichtigsten deutschen Einfuhrerzeugnisse trifft. Die Verordnung richtet sich zwar formell gegen alle Länder, die ein Einfuhrverbotssystem haben, wird jedoch praktisch gemäß einer ausdrücklichen Bekanntmachung des polnischen Handelsministers vom 24. Juni nur gegen Deutschland angewandt. Die polnische Maßnahme bedeutet den Beginn des Wirtschaftskrieges, während die Verhandlungen über ein Provisorium noch schweben. Die Reichsregierung hat daher gegen dieses die deutschen Interessen schwer schädigende Vorgehen Polens Gegenmaßnahmen ergriffen. Sie hat folgende Maßnahmen getroffen: a) Durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 2. Juli 1925 werden die Zollförmlichkeiten für eine Reihe von Boden- und Gewerbeerzeugnissen polnischen Ursprungs erhöht; b) durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. Juli 1925 wird die Einfuhr einer Anzahl jetzt einführbarer Waren polnischen Ursprungs verboten; c) die bereits bestehenden Einfuhrverbote werden gegenüber Waren polnischen Ursprungs ausnahmslos durchgeführt. Soweit Einfuhrbewilligungen für polnische Waren erteilt und nicht ausgenutzt worden sind, werden sie durch eine Bekanntmachung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen vom 2. Juli 1925 widerrufen. Diese Maßnahmen treten mit dem 6. Juli 1925 in Kraft. Anträge auf Gewährung von Einfuhrbewilligungen können nur in ganz dringenden Ausnahmefällen auf Berücksichtigung rechnen. Die Bestimmungen des Genfer Abkommens über den Oberlauf des deutsch-polnischen Grenzabkommens und das deutsch-polnische Abkommen über den oberlauf des Grenzbezirks bleiben unberührt. Die Maßnahmen beziehen sich selbstverständlich nicht auf Waren dänischer Ursprungs. In der Behandlung dieser Waren tritt daher gegenüber dem bisherigen Zustand nur insoweit eine Änderung ein, als der Nachweis durch Vorlage von Ursprungszeugnissen zu führen ist, die von der Handelskammer zu Danzig und von der Zollverwaltung der freien Stadt Danzig ausgestellt sind.

Die Kampfschiffe gegen Polen sind im einzelnen folgende:

Für den Doppelzentner Roggen 10 Reichsmark, Gerste ebenfalls 10 Reichsmark, frische Kartoffeln in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli 5 Reichsmark, vom 1. August bis 14. Februar 2 Reichsmark, lebende Schweine 40 Reichsmark, frisches und gefrorenes Fleisch 70 Reichsmark, einfach zubereitetes Fleisch 90 Reichsmark, zum feinem Tafelgenuss zubereitetes Fleisch 180 Reichsmark, Schweinefleisch 55 Reichsmark, Eier 24 Reichsmark, Mehl 25 Reichsmark, Stärke in Aufmachungen für den Kleinvertrieb 42 Reichsmark, in anderen Aufmachungen 32 Reichsmark, Schmieröl 30 Reichsmark, andere Öle 20 Reichsmark, rohes Bau- und Nutzholz 30 Reichsmark, bearbeitetes Bau- und Nutzholz 40 Reichsmark, rohe Fässer 12 Reichsmark, bearbeitete Fässer 30 Reichsmark, Rohren- und Rohrenformstücke aus Ton 4 Reichsmark, rohe Dlenrobre 24 Reichsmark, bearbeitete Dlenrobre 40 Reichsmark, Zint, gestreckt, gewalzt (Blech), roh, weniger als 0,25 Millimeter stark, 36 Reichsmark, 0,25 Millimeter oder darüber stark 45 Reichsmark, Zint 50 Reichsmark, Draht 50 Reichsmark, rohe Zintwaren 60 Reichsmark, feine Zintwaren 140 Reichsmark.

Deutscher Reichstag.

Ohne Debatte nimmt das Haus in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf über das internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten an. In der dann folgenden Beratung des Gesetzentwurfes zur Abänderung des Reichsverordnungsgegesetzes und anderer Verordnungsgegesetzes wendet sich Abg. Weber (Komm.) gegen die Behandlung der Reichsbefähigtenfürsorge in den Dunkelkammern der Ausschüsse.

Die Regierungsvorlage sieht eine allgemeine Neuregelung der Grundrenten und Schwerbeschäftigtenzulagen vor. 30proz. Erwerbsunfähige sollen 81 Reichsmark Grundrente erhalten, 40proz. 108 und 50proz. 135 Reichsmark und 24 Reichsmark Schwerbeschäftigtenzulage. Die Grundrente steigt sich bis zu 250 Reichsmark Grundrente und 135 Reichsmark Schwerbeschäftigtenzulage.

Die Gesetzesvorlage wird dem Reichsbefähigtenauschuß überwiesen. Das Haus wendet sich dann der Weiterberatung des Etats des Finanzministeriums zu.

Vertrauensvotum des Senates für die Marokkopolitik.

Ernennung eines Oberbefehlshabers.

tu Paris, 3. Juli. (Tel.) In der gestrigen Interpellationsdebatte über Marokko im Senat erklärte Poincaré, die französischen Verluste an Toten seit Beginn des Feldzuges betragen nur 400 Mann. Es sei Verleumdung, wenn behauptet werde, in einer einzigen Schlacht den Angreifer zurückzutreiben, aber auch jede Gelegenheit zu einem würdevollen Frieden ergreifen. Bei den Verhandlungen werde man einerseits auf den Sultan von Marokko Rücksicht nehmen, der Frankreich die Aufrechterhaltung seiner Autorität übertrug und andererseits auf Abd el Krim, der spanischer Unterthan ist. Die Regierung werde scharfe Maßnahmen gegen die kommunistische Propaganda ergreifen; Strafverfolgungen seien im Gange. Die kommunistische Propaganda sei völlig ergebnislos. In gewissen orientalischen Gegenden bestehe eine Gefahr, welche die dritte Internationale auszunutzen versuche. Wenn Europa der Barbarei unterliege, so werde die gesamte Zivilisation zugrunde gehen. In Marokko verteidige Frankreich zugleich das ganze Nordafrika.

Abg. Dzewitz (Wirtsch. Verein.) stimmt zwar grundsätzlich der Verreichung der Steuern zu, betont aber, daß die Selbständigkeit der Länder möglichst weitgehend gewahrt werden müßte.

Abg. Schröder (Völk.) lehnt sich für die abgebauten Beamten ein und kündigt einen Antrag an, durch den der Postminister veranlaßt werden soll, keine neuen Beamten einzustellen, solange abgebaute Beamte den Wunsch hätten, bei der Post tätig zu sein. Die Finanzpolitik des Finanzministers könne die Völkischen nicht billigen, weil sie grundsätzlich sei. Sie müßten daher den Etat ablehnen.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Einzelberatung weist Abg. Dieck (Zentr.) darauf hin, daß seinerzeit unter lebhaftem Beifall der Rechten das Branntweinmonopol geschaffen worden sei. Der Redner wünscht insbesondere die Schwarzbrennerei überwacht zu sehen. Abg. Eggert (Soz.) wünscht grundsätzlich die Beibehaltung des Monopols. Es sei allerdings erforderlich, daß eine Veränderung in manchen Punkten geschaffen werde, weil die Verwaltung durch den Verfall beeinträchtigt werde. Damit ist die Einzelberatung des Finanzetats beendet und das Haus bewilligt den Etat in zweiter Lesung.

Ohne Debatte wird der Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds, des Rechnungshofes des deutschen Reiches und der Haushalt der Reichsschuldenverwaltung in zweiter Lesung genehmigt.

Das Haus wendet sich der Beratung des Gesetzentwurfes über die Abänderung des Gesetzes über die Erfassung von Rechtsanwaltsgehilfen in Armenien an. Die Regierungsvorlage will den Rechtsanwaltsgehilfen bei Armenien bei einem Streitfall von 500 Mark 12 Mark, bei 1000 Mark 15 und über 1000 Mark 20 Mark bewilligen. Im Ausschuß ist man schließlich zu dem Ergebnis gekommen, die Gesetzesvorlage überhaupt abzulehnen.

Nach weiterer Debatte wird der Ausschußantrag, den Gesetzentwurf fallen zu lassen, abgelehnt. Die Schlussabstimmung über die Gesetzesvorlage wird auf Antrag des Abg. Koch (Dem.) namentlich vorgenommen. Sie ergibt die Annahme der Vorlage mit 206 gegen 163 Stimmen, 5 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wird noch der Gesetzentwurf über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine, sowie der Kriegsbefähigten dem Kriegsbefähigtenauschuß überwiesen.

Es entspinnt sich eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte, da die Kommunisten und die Völkischen eine außerpolitische Aussprache fordern.

Abg. Fried (Völk.) verweist auf die Vernehmung des Abgeordneten Lange-Segermann in: Barnalausschuß. Dort sei festgestellt worden, daß Lange-Segermann in ungenügender Weise Reichsgelder verköhnt habe. Der Reichstag müsse dafür sorgen, daß diese Verköhlung aus dem Parlament entfernt werde. Der Redner fordert, einen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, wonach der Staatsgerichtshof den Abgeordneten ihr Mandat aberkennen kann, denen gewinnföhlige Völkischen und Mißbrauch ihrer Abgeordneteneigenschaft nachgewiesen werden können.

Präsident Loebe weist darauf hin, daß ein Antrag des Staatsanwaltes, die Immunität Lange-Segermanns aufzuheben, bisher noch nicht eingegangen sei.

Abg. Dr. Breit (Soz.) weist darauf hin, daß die Vernehmung Lange-Segermanns noch nicht abgeschlossen sei. — Auch Abg. Pfeiffer (Bayr. Wpt.) warnt vor übereilten Beschlüssen.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) erklärt, in seiner Partei wäre in den letzten Tagen einmütig die Auffassung vorhanden gewesen, die außerpolitische Debatte noch zurückzustellen. Aus gewissen Überlegungen von Vertretern der Deutschen Volkspartei im Auswärtigen Ausschuß war tatsächlich anzunehmen, daß die von der Zentrumsfraktion immer betonte Auffassung auch die Auffassung der Deutschen Volkspartei sei. In dieser Auffassung sei das Zentrum aber heute durch die Veröffentlichung der außerpolitischen Richtlinien der Deutschen Volkspartei schmerzhaft enttäuscht worden, hinter denen, was anzunehmen sei, der Außenminister stehe. Sei das der Fall, dann hätte er Anlaß, seine Auffassung hier im Plenum selbst zu vertreten. Es bestünde hier nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den Außenminister zu fragen, ebenso den Reichsfinanzier, ob die Richtlinien der Deutschen Volkspartei die Richtlinien der Regierung sind. Sogar komme ein Artikel des Grafen Westarp über den Sicherheitspakt, dessen Text bei unseren Gegnern Gefühle hervorgerufen müßte, die für die gegenwärtigen diplomatischen Aktionen geradezu verhängnisvoll sei. Eine außerpolitische Aussprache müßte daher so schnell wie möglich herbeigeföhrt werden. (Lebh. Beif.)

Abg. Dr. Scholz (D. Wpt.) betont, daß es im Augenblick besser wäre, zu einem starken Gegenstoß nach außen zu rüsten, und die innere Zerrissenheit aufzugeben und die innere Geschlossenheit zu wahren. (Zurufe links: Und Ihre Interpellation?) Diese Interpellation sollte dem Reichstage zugehen, um in diesem bedeutungsvollen Moment die nötige Geschlossenheit zu zeitigen. Auch wir sind, so erklärt der Redner, für eine außerpolitische Debatte bestimmt, da erst die nötigen Vorbereitungen getroffen werden müssen.

Das Haus verlegt sich auf Samstag 12 Uhr. Kleine Vorlagen.

Preussischer Landtag.

Der Landtag nahm zunächst eine Reihe von Berichten entgegen und überließ den Antrag von Campe (D.) zur Abfertigung der Notlage der Binnenverkehr dem Hauptauschuß. Hierauf wurde die allgemeine

Aussprache über die Verkehrssicherheit, Betriebsstörungen usw. fortgesetzt.

In der Abstimmung werden die Ausschußanträge unter

Zum Schluß gelangte eine Tagesordnung zur Annahme, in der die Erklärung ausgehoben und vertraut wird, daß sie die militärisch-diplomatische Aktion in Marokko zu einem Abschluß bringt, der das Wert der französischen Zivilisation sichert. Die Tagesordnung wurde einstimmig mit 290 Stimmen angenommen.

tu Paris, 3. Juli. (Tel.) In den Wandelgängen der Kammer ist gestern angekündigt worden, daß die Ernennung eines Oberbefehlshabers in Marokko unmittelbar bevorstehe. Man nimmt an, daß General Lorge für diesen Posten in Aussicht genommen ist.

Endgültiger Abbruch der spanischen Verhandlungen mit Abd el Krim.

tu Madrid, 3. Juli. (Tel.) Die Verhandlungen zwischen dem spanischen Großindustriellen Schvarria und Abd el Krim sind endgültig abgebrochen.

Aus Madrid wird den Blättern gemeldet, daß Abd el Krim vom Pferde gestürzt und ein Bein gebrochen haben soll. Das Pferd soll durch das Geräusch eines vorbeifahrenden Autos erschreckt worden sein und Abd el Krim abgeworfen haben.

Ablehnung der Anträge der Deutschen Nationalen und der Kommunisten mit der von Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum beantragten Forderung mit großer Mehrheit angenommen. Angenommen wurde auch der Antrag, die Bergrevierinspektoren (Einfahrt) aus den Reihen der bergmännisch vorgebildeten Grubenbeamten mit mindestens 10jähriger Berufstätigkeit zu entnehmen und den Organisationen der Grubenbeamten die Möglichkeit zu geben, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen. Ueber den Antrag der drei Regierungsparteien, wonach Grubenkontrolleure für den Steinkohlenbergbau aus praktisch erprobten Bauern mit mindestens 15jähriger Hauerstätigkeit gestellt werden sollen, wird namentlich abgestimmt. Dabei stellt sich die Beschlusfähigkeit des Hauses heraus, da nur 183 Stimmlisten abgegeben werden. Vizepräsident Dr. von Kries legt sofort eine neue Sitzung

an mit der gleichen Tagesordnung, doch werden die weiteren Abstimmungen zurückgestellt.

In der neuen Sitzung kommt zunächst der Bericht des Untersuchungsausschusses über die

Anträge usw. zur Grundschule

zur Beratung. Berichterstatter ist Abg. Delfe (Dnaff.). Der Ausschuß hat die Anträge betreffend die Einrichtung von Begabtenklassen und betreffend den Privatunterricht abgelehnt und lediglich empfohlen, das Staatsministerium zu ersuchen, die Aufnahme von Schülern in höhere Lehranstalten, soweit möglich, zu erleichtern. Abg. Delfe tritt für die Einführung der Begabtenklassen ein, damit die 4jährige Schulpflicht der Grundschule bei begabten Kindern auf 3 Jahre ermäßigt werden könne, und wendet sich gegen die vom Unterrichtsminister erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz vom 3. Mai 1925. Die Sitzung dauert an.

Das Ergebnis der holländischen Kammerwahlen.

London, 3. Juli. (Tel.) Das Gesamtresultat der holländischen Wahlen ist, wie die „Times“ aus dem Haag berichten, wie folgt ausgefallen: Katholisch-Katholische Staatspartei 30 Sitze, Calvinisten 13 Sitze, Christliche Partei 11 Sitze, Sozialisten 34 Sitze, Liberalen 9 Sitze, Radikalen 7 Sitze, Orthodoxen Calvinisten 3 Sitze, Kommunisten 1 Sitze, Bauern 1 Sitze, Katholische Volkspartei 1 Sitze. Am besten haben die Sozialisten abgeschnitten, die vier Sitze gewonnen haben, während die übrigen Parteien Verluste aufzuweisen haben. Die Rechtskoalition, die bisher 50 Sitze innegehabt hat, erhält ungefähr 54 Sitze und behält damit die absolute Mehrheit.

Die letzten Meldungen.

Eiserjuditsdrama.

Berlin, 3. Juli. (Draht.) In Vertshelsdorf bei Freiberg in Sachsen gab der Arbeiter Dietrich zwei Schüsse auf seine Braut ab, durch die das Mädchen schwer verletzt wurde. Der zu Hilfe eilenden Mutter des Mädchens brachte Dietrich einen tödlichen Lungenschuß bei. Hierauf erschoss er sich selbst. Der Tat liegt offenbar Eiserjudits zu Grunde.

Annahme des Budgets in der Pariser Kammer.

tu Paris, 3. Juli. (Tel.) Die Nachsitzung der Kammer dauerte bis 1/8 Uhr. Sie endete mit der Annahme des Budgets mit 410 gegen 81 Stimmen. Die Einnahmen sind veranschlagt mit 33 175 239 918 Franken, die Ausgaben mit 33 163 924 418 Franken, der Ueberschuß mit 11 315 500 Franken. Caillau wird am nächsten Donnerstag dem Senat den Bericht über das Budget vorlegen, so daß vor Eintritt in die Parlamentsferien das Budget vom Senat angenommen werden wird.

Bullanausbruch in Südamerika.

w. Bogota, 3. Juli. (Tel.) Der Vesuv in Caleras ist in Tätigkeit getreten. Große Flammen schlugen aus dem Krater hervor. Felsblöcke und Asche wurden emporgeschleudert. Die Verbindung mit La Florida Sonaca ist unterbrochen. Man befürchtet, daß die Stadt zerstört worden ist.

Stambul, nicht Konstantinopel!

tu Angora, 3. Juli. (Tel.) Eine Bekanntmachung des Post- und Telegraphenministeriums warnt vor der künftigen Verwendung des Namens Konstantinopel. Sendungen, die an Stelle der Bezeichnung Stambul das griechische Konstantinopel tragen, werden zurückgeschickt.

Markt- und Frankenschuldnottierungen.

h. Newyork, 3. Juli. (Funkdruck.) Schlussskurs der Markt 23,80—82. 100 Franken gleich 4,68 Dollars. Wegen Feiertages fällt die Newyorker Börse am Samstag aus.

Baumwollnottierungen.

h. Bremen, 3. Juli. (Eig. Draht.) Schlusssnotierungen: Juli 25,06—32; Sept. 25,08—75; Okt. 24,92—97; Dez. 24,93—98; Jan. 24,72—78; März 24,88—89; Mai 24,94—25,00. h. Liverpool, 3. Juli. (Funkdruck.) Umlauf 4000 Ballen, Import 3100, für den Export 2000. Schlusssnotierungen: Loco 13,35; Juli 12,67; August 12,53; Sept. 12,36; Okt. 12,23; Nov. 12,10; Dez. 12,11; Jan. 12,11; Febr. 12,12; März 12,15; April 12,15; Mai 12,17; Juni 12,13.

h. Newyork, 3. Juli. (Funkdruck.) Stetig. Schlusssnotierungen: Loco 23,80; Juli 23,02—02; August 23,19—19; Sept. 23,23—28; Okt. 23,08—08; Dez. 23,23—25; Jan. 22,70—72; März 22,99—23,00; April —; Mai 23,28—32. Zufuhren: Atlantik 2000, Inland —, Golf —, Frankreich 5000.

Getreidenottierungen.

h. Chicago, 3. Juli. (Funkdruck.) Schlusssnotierungen: Weizen: Juli 142; Sept. 139 1/2; Dez. 141, kaum stetig; Mais: Juli 97 1/2; Sept. 101 1/2; Dez. 97 1/2, stetig; Hafer: Juli 48 1/2; Sept. 44 1/2; Dez. 47 1/2, stetig; Roggen: Juli 98 1/2; Sept. 95 1/2; Dez. 98 1/2, stetig.

Beibla

Herre
für den wer
guten Z

F
aus neuen Ch
Nadelstr
68.—

in Stotter
2975

He
aus st
2

Deut

tu Berlin, 3. Juli. (Tel.) Die Nachsitzung der Kammer dauerte bis 1/8 Uhr. Sie endete mit der Annahme des Budgets mit 410 gegen 81 Stimmen. Die Einnahmen sind veranschlagt mit 33 175 239 918 Franken, die Ausgaben mit 33 163 924 418 Franken, der Ueberschuß mit 11 315 500 Franken. Caillau wird am nächsten Donnerstag dem Senat den Bericht über das Budget vorlegen, so daß vor Eintritt in die Parlamentsferien das Budget vom Senat angenommen werden wird.

Wetter wird
Deutsches Volkspartei
durch Brands
Lage Stellung ge
schen Regierung
um die Lösung de
daß die in Gang
gedanken des de
gekehrt werden
föhligen
drängen:

Eintritten
ist vor der Ad
tionsgebiete, son
Ausstattung der
sungen (Völk
zen, sowie der
randums über de
einer Befestigung
Militärkonti
über den Verfall
ste die örtlichen
Aussicht nehmen.
Ich den Verfall
kein Zweifel best
terung der sich
hinnehmen kann,
wicklungs- und
Als das nächst
der Sicherhei
wendigste aufdrä
ten Verhältnissen
gierensystems
bere auch über die
über das Rheinl
haben. Beim A
vom deutschen Gr
über die Verlegu
telles mit gleich

ordnung zur An-
den und vertraut wird,
tion in Marokko zu
er französischen Zivil-
wurde einstimmig
n.

Wandergängen der
daß die Ernennung
Marokko unmittelbar
General Targe für
n.

Verhandlungen

Verhandlungen zwischen
Teia und Abd el Krim

melbet, daß Abd el
ein Bein gebrochen
rücksch eines vorüber-
nd Abd el Krim ab-

malen und der Kom-
demokraten und Zent-
lehrheit angenom-
trag, die Bergrevier-
er bergmännisch vor-
s 10jähriger Berufs-
ationen der Gruben-
to Personen in Vor-
drei Regierungspar-
Steinföhlenbergbau
ens fähriger Hauer-
mentlich abgestimmt.
Zeit des Kaufes
eben werden. Tize-

werden die weiteren
er Bericht des Unters-

jule

de (Dnall). Der
Einrichtung von Be-
richt abgelehnt und
zu ersuchen, die Auf-
i, soweit möglich, zu
nung der Begabien-
der Grundschule bei
werden könne, und
ter erlassenen Aus-
3. Mai 1925.

ändischen

ref. Rat der Hollän-
em Haag berichten,
Staatspartei 30
ei 11 Sitze, Sozial-
7 Sitze, Orthodoxen
ern 1 Sitz, Katho-
e Sozialisten abge-
ährend die übrigen
Rechtskoalition, die
54 Sitze und be-

ngen.

sdorf bei Freiberg
i Schiffe auf
wer verlegt wurde.
s brachte Dietrich
tauf erschöpfte
zu Grunde.

Kammer.
ung der Kammer
hyme des Budgets
sind veranlagt
it 33 163 924 418
n. Catlaug wird
yt über das Bud-
amentsferien das
o.

oleras ist in
ilagen aus dem
mporgeschleudert.
ca ist unterbro-
er fäst wor-

achung des Post-
en Verwendung
ie an Stelle
sische Kon-
esandt.

en.
kturs der Markt
egen Feiertages

ubnotierungen:
Des. 24,95—98;
5,00.
4000 Ballen,
ierungen: Loco
kt. 12,23; Nov.
12,15; April

l. Schlußnote-
3,19—19; Sept.
an. 22,70—72;
Zufuhren: Ab-
0.

ubnotierungen:
kaum stetig;
lig; Saker-
; Roggen-



Die einzelnen billigen Angebote meines Saison-Ausverkaufs beweisen Ihnen von neuem meine unerreichte Leistungsfähigkeit

Gewaltige Warenmengen sind im Preise sichtbar, rücksichtslos herabgesetzt.
Auf alle anderen Artikel gehe ich während des Ausverkaufs 10% Rabatt.

Einige Preisproben aus der Fülle meiner Angebote:

Ein Posten
Herren - Anzüge
für den werktätigen Gebrauch mit
guten Zutaten gearbeitet
16⁵⁰

Ein Posten
Herren - Anzüge
aus soliden Cheviotstoffen, ausser-
ordentlich vorteilhaft
23⁵⁰

Ein Posten
Herren - Anzüge
aus la. Cheviotstoffen, nur neue
Streifenmuster
35.-

Ein Posten
Herren - Anzüge
erstklassige Qualitäten, braune, blaue
und grüne Nadelstreifen
46.-

Ein Posten
Herren - Anzüge
aus reinwollenen Cheviot- u. Melton-
stoffen, außerordentlich vorteilhaft
60.-

Feinste Herren-Anzüge
aus neuen Cheviot-, Melton- und Kammgarastoffen, braune, blaue und grüne
Nadelstreifen, erstklassig verarbeitet, Ersatz für gute Maßarbeit
68.- 75.- 82.- bis 90.-

Sport-Anzüge
mit Weste und langen oder kurzen Hosen, strapazierfähige
Stoffe, neue Formen, nur moderne Cheviot- u. Donegalstoffe
29⁷⁵ 38.- 48.- bis 75.-

Eleg. Sport-Anzüge
mit Weste und zwei Hosen, aus modernen Cheviot- und
Donegalstoffen, außergewöhnlich vorteilhaft
33.- 48.- 58.- bis 95.-

Covercoat-Paletots
in flotten Sportformen, in hell und mittel modifarbig
29⁷⁵ 38.- 46.- bis 49.-

Covercoat-Paletots
reinwollene Qualitäten, zum Teil mit la. Satinella gefüttert,
außergewöhnlich vorteilhaft
55.- 60.- 64.- 68.-

Moderne Herren-Mäntel
in 2reihigen Mantelformen, aus leichten Ulster- und Che-
viotstoffen
38.- 55.- 64.- bis 75.-

Herren-Strapazier-Hosen
aus starken Buxkinstoffen mit soliden Zutaten
2⁸⁰ 3⁸⁰ 4⁵⁰ bis 5⁵⁰

Bessere Herren-Hosen
aus soliden kammgarähnlichen Stoffen, in mittel- und
dunkelgrauen Streifen
7³⁵ 9⁵⁰ 13⁵⁰ 16⁵⁰

Breeches-Hosen
aus strapazierfähigen Buxkin-, Loden-, Manchester- und
Cordstoffen
6⁷⁵ 9⁵⁰ 12⁷⁵ bis 17⁵⁰

Mengenabgabe vorbehalten. — An Wiederverkäufer wird keine Ware abgegeben. — Beachten Sie die Auslagen meiner 18 Schaufenster.

Deutsche Volkspartei und Sicherheitspakt.

* Berlin, 3. Juli. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung:
Nachdem der Herr Reichskanzler in seiner Besprechung mit den Vertretern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei diesen die Erklärung abgegeben hat, daß eine Aussprache über die außenpolitische Lage im Reichstag noch in dieser Tagung stattfinden werde, ist die Absicht der Fraktion, eine allgemeine Klärung der politischen Lage herbeizuführen, erreicht. Die Reichstagsfraktion behält sich eine erneute Initiative vor, sobald die in der Erklärung der Reichsregierung angekündigte Beantwortung der französischen Note vorliegt. Demersprechend hat die Fraktion von der Einbringung einer Interpellation zunächst abgesehen.

Weiter wird gemeldet: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 2. Juli zu der durch Briand's Note vom 5. Juni geschaffenen außenpolitischen Lage Stellung genommen. Sie stimmte der Initiative der deutschen Regierung zu, die im gegebenen Momente eingeleitet hat, um die Lösung der Sicherheitsfrage herbeizuführen. Sie fordert, daß die in Gang gebrachten Erörterungen in den Grundgedanken des deutschen Memorandums vom 9. 2. d. Js. fortgesetzt werden. Dabei ergibt sich die Aufgabe, folgende Richtlinien zu beachten, und auf ihre Sicherung zu drängen:

Eintreten Deutschlands in den Völkerbund ist vor der Klärung nicht nur der Ruhr, und der Sanktionsgebiete, sondern auch der Rheinlandzone undenkbar, Ausschaltung der für Deutschland in Artikel 16 der Völkerbundssatzungen (Völkerbundssanktionen) liegenden besonderen Gefahren, sowie der Festhaltung der Grundzüge des deutschen Memorandums über den Völkerbundbeitritt Deutschlands. Es muß zu einer Befestigung der Beschlüsse des Völkerbundsrates über die Militärkontrolle des Völkerbundes führen, soweit sie über den Versailles Vertrag hinausgehen, insbesondere, soweit sie die örtlichen ständigen Kontrollorgane im Rheinland in Aussicht nehmen. Wenn auch der Sicherheitspakt selbstverständlich kein Zweifel bestehen, daß Deutschland keine Verschlechterung der sich aus dem Versailles Vertrag ergebenden Lage annehmen kann, und daß es auf die selbstverständlichen Entwicklung- und Abänderungsmöglichkeiten nicht verzichten kann. Als das nächste Ziel des Paktes kommt die Lösung der Sicherheitsfrage in Betracht. So wird sich die Notwendigkeit aufdrängen, das Rheinlandabkommen den veränderten Verhältnissen anzupassen, baldige Befestigung des Defensivsystems und die Stellung aller Streitigkeiten, insbesondere auch über die Entmilitarisierung der Rheinlandzone, sowie über das Rheinlandabkommen unter ein Schiedsgericht zu versetzen. Beim Abschluß von Schiedsverträgen ist vom deutschen Grundgesetz auszugehen: Garantie und Anweisung über die Verletzung durch den Bundesgenossen eines Vertragsverstoßes mit gleichberechtigten Grundgesetzen untereinander. Eine

Zusicherung friedlicher Lösung etwaiger Konflikte wird durch die Zurückweisung des französischen Garantieplanes nicht abgeschwächt. Der mit Rußland abgeschlossene Rapallo-Vertrag darf durch die von Deutschland eingeleiteten Verhandlungen mit den Westmächten nicht verfehlt werden. Deutschland hält an ihm fest und darf gegenüber Rußland in keiner Weise in irgend einem Punkte eine die gegenseitigen Interessen schädigende Politik treiben; ebenso wenig dürfen die Beziehungen Rußlands zu Deutschland durch den Abschluß eines Westpaktes getrübt werden.

Nur bei Wahrung der vorstehenden Grundzüge kann der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei der Abschluß eines Sicherheitspaktes mit Deutschlands Interesse und Europas Wiederaufbau vereinbar erscheinen. Das letzte Ziel ist ein wirklicher Friede nach dem Grundsatz von Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit, durch Schiedsverträge, Sicherheit und allgemeine Entwaffnungsfragen.

* Berlin, 3. Juli. (Draht. unseres Berliner Vertreters.) Die Richtlinien der Deutschen Volkspartei für die schwebenden außenpolitischen Fragen wurden am Freitag im Reichstage lebhaft erörtert, namentlich auch das Eingreifen des Reichskanzlers. Man nimmt jetzt an, daß die außenpolitische Aussprache etwa um die Mitte dieses Monats stattfinden wird, nachdem die von der Reichsregierung angekündigte Zwischennote in der Sicherheitsfrage abgegangen ist. Es heißt, daß sie zwischen dem 12. und 15. Juli abgesandt werden soll.

In den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen hofft man, daß nach der vorläufigen Vereinigung der Spannung zwischen den Deutschen und der Deutschen Volkspartei die politische Aussprache nicht nur mit einem Vertrauensvotum für die Reichsregierung enden wird, sondern einen Antrag zur Annahme zu bringen, in dem alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten sich dahin einigen, daß ein Sicherheitspakt erst dann abgeschlossen werden kann, wenn das Ruhr- und das Sanktionsgebiet geräumt worden sind.

Während die übrige Presse sich im wesentlichen mit der Übergabe von tatsächlichen Material begnügt, nimmt der „Vorwärts“ kritische Stellung und bemerkt a. a., die Veröffentlichung dieser Richtlinien sei ein außenpolitischer Fehler, der aus innenpolitischen Gründen begangen worden sei. Um die Regierungskoalition zu erhalten, habe sich die Deutsche Volkspartei einem Verfahren genähert, das auf eine bewußte Durchkreuzung der bisherigen Außenpolitik hinauslaufe. Ferner will das sozialdemokratische Organ wissen, daß in der Deutschnationalen Fraktion zwei Strömungen bestehen: die eine sei entschieden gegen das deutsche Sicherheitsangebot und fordere den Rücktritt Stresemanns, die andere wolle ebenfalls von dem deutschen Schritt nichts wissen und verlange, seine praktische Bedeutung auf Null herabzubringen; sie verzichte auf den Rücktritt Stresemanns, fordere aber seine Unterwerfung.

Die Kinderreichen beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den Vorsitzenden des Reichsbundes der Kinderreichen, Herrn Konrad (Düsseldorf), und den Reichsbundgeschäftsführer, Generalmajor a. D.

Fünfzehn Kinder verschüttet.

* Budapest, 3. Juli. Hier ereignete sich ein schreckliches Unglück. Etwa 30 kleine Mädchen saßen vom Balkon eines Hauses dem Vorbeimarsch eines Kinderfestzuges zu. Plötzlich stürzte das Dach des Hauses ein und verschüttete hierbei 15 Kinder. Alle 15 Kinder waren sofort tot.

Dr. Nachdem Herr Konrad einen Ueberblick über die Entstehung und bevölkerungspolitische Bedeutung der Bewegung und deren Zweck und Ziele gegeben hatte, trug er die Wünsche der Kinderreichen auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens, der Steuerfragen und der Elternschaftsversicherung vor. Der Reichspräsident betonte in seiner Antwort, daß er die bevölkerungspolitische Bedeutung der Bewegung durchaus würdige und ihr lebhaftes Interesse entgegenbringe. Soweit ihm nach der Verfassung eine Einwirkung zustehe, sei er gerne bereit, die Bestrebungen des Bundes zu unterstützen.

Verhaftung deutscher Kommunisten in Bukarest.

Eine Sowjet-Spionagezentrale in Berlin?

* Bukarest, 3. Juli. Hier wurden laut „B. T.“ drei Kommunisten, zwei Männer und eine Frau, wie es heißt Reichsdeutsche, unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf vertrauliche Mitteilung der tschechoslowakischen Polizeibehörden hin, daß das Sowjetpionagesystem in der Weise geändert worden sei, daß nicht mehr Russen, sondern andere Staatsangehörige verwendet werden. Aus dem Verhör und aus bei den Verhafteten vorgefundenen Papieren soll hervorgehen, daß sie einer großen Spionageorganisation angehören, die ihren Sitz in Berlin habe und durch eine ganze Reihe von Agenten in Mitteleuropa und dem Balkan arbeite.

Die Düsseldorf-Industrieverhandlungen.

* Düsseldorf, 3. Juli. (Tel.) Im Stadthof traten heute die Vertreter der deutschen, französischen, luxemburgischen und saarländischen Industrie zusammen, um über die Einzelheiten des deutsch-französischen Industriabkommens zu beraten. Die Verhandlungen, bei denen es sich um eine ganze Reihe komplizierter Fragen handelt, nehmen einen guten Verlauf. Sie werden demnächst fortgesetzt werden.

* Dr. Bruno Bruhn, der bekanntlich Mitglied der Deutschen Delegation in Paris ist, veröffentlicht in der „R. Z.“ interessante, bisher unbekannte Einzelheiten über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen der Eisenindustrie. Das Wesentlichste daraus ist, daß nach den Äußerungen Bruhns der Pakt unmittelbar vor seinem Abschluß steht und nur noch die redaktionelle Festlegung zu erfolgen hat. Er

... von beuſſen &

11